

Donnerstag den 8. Juni 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 8. Juni 1916.

Vom Nachtbaderbot.

Eine wichtige Entscheidung fällt das Kammergericht. Die auf dem Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 ergangene Nachtbaderverordnung vom 5. Januar 1915 bestimmt in der Fassung vom 31. März 1915 im § 9:

„Alle Arbeiten, die zur Bereitung von Badwasser dienen, sind in Bädereien und Konditorien, auch wenn diese nur einen Nebenerwerb darstellen, in der Zeit von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens verboten.“

Ein Bäckermeister in Berlin war vom Landgericht wegen Verstoßes gegen diese Bestimmung zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

Der etwa 10 Minuten von 7 Uhr früh ausgeübten Kontrolle durch ein Polizeibeamter festgestellt, daß sich im Badraum der Angeklagte bereits seinen Sohn als Gehilfe und ein Lehrling befanden.

In etwa 5 Minuten vor 7 Uhr zum Badraum Zutritt verlangte, bereits der Ofen angeheizt, und in eine Schüssel waren Butter und Zucker hineingelassen. Die jungen Leute hatten sich schon eine halbe Stunde nach den gerichtlichen Feststellungen im Badraum aufgehalten. Das Landgericht rechnete das Anheizen des Ofens als Hineintragen von Butter und Zucker in eine Schüssel zu den Arbeiten, die zur Zubereitung von Badwasser dienen. Sie hätten die gerichtliche Bestimmung vor 7 Uhr morgens nicht vorgenommen werden dürfen.

Das Kammergericht verworft die vom Angeklagten eingelegte Revision mit folgender Begründung: Nach der Bundesratsverordnung dürften alle Arbeiten, die zur Bereitung von Badwasser dienen, in Bädereien usw. zwischen 7 Uhr abends und 7 Uhr früh nicht vorgenommen werden. Es sei kein Rechtsirrtum, wenn das Landgericht das Anheizen des Ofens und das Hineintragen von Butter und Zucker in eine Schüssel zu diesen Arbeiten rechne. Das Landgericht hat Recht von dem Zweck der Anordnung ausgegangen. Dieser ist offensichtlich, daß Wehl geparkt werden solle. Es sollte verhindert werden, daß das frische Gebäck des Morgens in größerer Menge so zu verkommen, daß es von den Leuten, die nicht gerade Langweilen seien, schon zum ersten Frühstück genossen werden könnte.

Es habe angenommen, daß infolgedessen ein ganz gewaltiger Konsum an Weizenmehl eintreten würde. Darum sei verboten, daß vor 7 Uhr morgens in keiner Weise für Backwaren gearbeitet werden solle. Der Gesetzgeber betone ausdrücklich: „alle“ Arbeiten, die ... usw. Die hier vorgenommenen Arbeiten hätten gerechnet werden können. Wie es mit anderen Arbeiten steht, ist mit dem Herunterholen von Mehl vom Boden und dergleichen hier nicht zu entscheiden. Es müsse immer über den konkreten Fall entschieden werden. Was das Anheizen des Ofens angeht, habe übrigens auch das Reichsgericht schon entschieden, daß es zu den Abzähl 1 des § 9 der Bundesratsverordnung gehören würde. Es sei zuzugeben, daß der Angeklagte in Rückstand käme hinter seinen Kollegen, die einen Damerhofen hätten, den er nicht besitze. Das sei aber nicht zu verurteilen.

Gras und sonstige Futterkräuter aus den städtischen Forstgärten abgegeben werden. Reflektanten haben sich bei dem Förster in der Schützenhofstraße zu melden.

Eier-Verkauf. Die Vereinigung der Butterhändler bringt Freitag circa 200 000 Eier in ihren Spezialgeschäften zum Verkauf. Der Verkaufspreis beträgt 24 Pfennig pro Stück. Der Verkauf zu diesem Preis zu vermeiden, sind die Eier mit dem Stempel 24 Pfennig versehen. Der schnelleren Abfertigung wird das Publikum gebeten, abgepacktes Geld, sowie gültigen Eiermarken IIa, IIb, IIc bereit zu halten.

Anmeldung von Grünstellen. Für den Anbau von Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Süßkorn, Oelfrüchte, Bohnen, feldmäßigen Gemüsebau, Kartoffeln, Rüben und Mören, Klee aller Art, Mais, Hopfen usw. und Wiesen, wie der Magistrat der Stadt Wiesbaden bekannt gibt, ist die Zeit vom 6. bis 10. Juni im Rathaus, Zimmer 42, die Grünstellen angemeldet werden, auch diejenigen von Grundstücken in anderen Gemeinden, die von hier aus bewirtschaftet werden. Von der Anmeldung befreit sind die Flächen von Gärten und Schrebergärten.

Testamente und Verträge. Eine jetzt täglich zutreffend werdende Verordnung ist die des § 2259 B.G.B. Danach hat jeder, der ein Testament von einem anderen in Besitz hat, dieses an das Nachlassgericht abzuliefern, sobald er vom Tode des anderen Kenntnis erhält. Die Befolgung dieser öffentlich rechtlichen Pflicht kann von staatlichen Organen erzwungen werden (vergl. z. B. Preuß. Verord. vom 1. März 1916, Gerichtsbescheid, Art. 17). Wertvollere Weise ist es, wenn man etwas davon bekannt. Alle letztwilligen Verfügungen, mögen sie ausfallen, wie sie wollen, müssen dem Nachlassgericht, d. h. das Amtsgericht des letzten Wohnortes des Verstorbenen, eingereicht werden. Der das Testament in Besitz hat, muß nun zufällig in Vernehmung gebracht oder im Nachhinein vorgebracht werden, darf nicht prüfen, ob es eigenhändig und formgültig ist, und ob es widerrufen oder gegenstandslos gemacht worden ist. Es genügt, daß der Erblasser in einer schriftlichen Aufzeichnung Wunsch für den Fall seines Todes ausgedrückt hat. Abzuliefern muß also aus dem Felde geschriebene Briefe, die irrenden Willen enthalten. Es ist ja bekannt, daß gerade auch solche in formgültiges Testament darstellen können.

Residenz-Theater. Als letzte Neuheit dieser Spielzeit geht Samstag zum ersten Male „Bill und Wiebke“, Lustspiel von Schiller in Szene. Dieses liebenswürdige, eine Dramatisierung seines Romans „Meerlab“ hatte bei der Uraufführung am Hoftheater in Oldenburg, aus einer Reihe von Bühnen und großen am Schauspielhaus in Frankfurt a. M. einen großen, echten Erfolg durch die treffliche Miteinschätzung, sowie die amüsanten Situationen, die seine Lustspielcharakteristik. Im Hauptrollen sind beinahe die Damen Kammer (Reinhold v. Helmreich), Gräfin Remscheid, sowie Fräulein Conrad (Wiebke) als Bill und Wiebke, Schand (Graf Rehr), Wile (Kustizart Stieb), und Bugge (Hoppenstedt). Das sehr unterhaltende und erfolgreiche Stück wird am Sonntag (ersten Pfingstfeiertag) noch einmal aufgeführt. Am Montag (zweiten Pfingstfeiertag) gelangt es zu starkem Beifall ausgenommene Lustspiel „Die rätische Frau“ nochmals zur Aufführung.

Aus den umliegenden Kreisen.

Das chemische Monopol.

Während der Krieg sein ungeheures Verdrängungswert an Menschen und Sachgütern vollführt und die kriegsführenden Staaten wirtschaftlich ungeheuer schwächt und zürüchtwirft, steht sich auch während seiner Dauer die Tatsachenlogik der kapitalistischen Entwicklung immer unüberhörlicher durch: auf der einen Seite die enorme Vermögensvermehrung zugunsten derer, für die die Kriegslieferungen, die Rohstoffproduktion und der Rohstoffhandel ein gewinnreiches Geschäft bedeuten, und auf der anderen Seite die Zusammenballung bisher zerstreuten Kapitals in eine einheitlich geleitete Ausbeutungsmacht.

Wir haben schon auf die Einigungsvorgänge in der chemischen Industrie hingewiesen; die Interessengemeinschaft zwischen den führenden Betrieben der deutschen chemischen Industrie ist jetzt perfekt geworden, und wenn es sich auch formell nicht um eine Kartellbildung handelt, weil die Aktien der einzelnen chemischen Gesellschaften nicht gegen Transaktionen einer neuen einheitlichen Gesellschaft umgetauscht werden und weil die einzelnen Betriebe sich noch eine gewisse Selbstständigkeit bewahren, so handelt es sich dabei doch um die faktische Herstellung eines Kartellmonopols. Und die Tatsache, daß die acht vereinigten Unternehmen in Aktienkapital, offenen Reserven, Anleihen ein Kapital von 300 Millionen Mark repräsentieren, daß aber ihre inneren Reserven unvergleichlich größer sind und daß es sich nach dem Börsenkurs um mehr als eine Milliarde Mark handelt, gibt zu erkennen, welche ungeheure Kapitalmacht sich hier herausgebildet hat.

Daher übrigens diese Betriebe sich friedlich-schiedlich über die den einzelnen zuzulegenden Gewinnquoten einigen konnten, wobei den höchsten Jahresgewinnen, der Badischen Anilinfabrik und Bayer-Levofulben der Börsenanteil von je 24,82 und nach zehn Jahren 25,02 Prozent zufällt, daß sie sich u. a. auch den Austausch von Produktionsforschungen zusicherten, charakterisiert aufs Klarste das gegenwärtige Stadium des kapitalistischen Produktionsprozesses.

Wenn nun von den Leistungen der einzelnen Werke in den Generalversammlungen gleichsam die Erklärung abgegeben wurde, daß die Verdrängung wesentlich defensiver Charakter tragen und die chemische Industrie gegen das Risiko, das sie durch den Krieg mit ihren Auslandswerten läuft, und daß sie vor allem die Weltmarktdurchdringung der deutschen Industrie, die sich durch die während des Krieges in den feindlichen und neutralen Ländern errichteten, von den betreffenden Regierungen unterstützten Konkurrenzunternehmen bedroht sieht, sicherstellen soll, so ist das nur die eine Seite der Sache.

Die andere Seite zeigt sich in der deutschen Volkswirtschaft selbst, und zwar nach doppelter Richtung: Einmal ist durch den Zusammenstoß für die bisherigen Werke in der Weise ein faktisches Monopol errichtet, daß in Zukunft noch weniger als bisher ein Außenseiter daran denken kann, einen konkurrenzfähigen Betrieb zu errichten, daß also heute die Interessengemeinschaft den Inlandsmarkt vollständig monopolistisch beherrscht und noch mehr wie bisher durch Willkür, ja Phantasiepreise schreien kann. Dann ist aber durch den Zusammenstoß die Lebensmacht des chemischen Kapitals gegenüber Arbeitern und Angestellten noch größer als bisher geworden. Es erübrigt sich, auf die bisherige Arbeiter- und Angestelltenpolitik in der chemischen Industrie näher einzugehen; es genügt, darauf hinzuweisen, daß auch sie eine Pflanzstätte des geistigen Gedankens war, daß eine merkliche Handhabung der Konkurrenzlaufzeit ganz und gar war, daß der Kapitalismus hier nicht durch schädliche Reformen und schädliches Entgegenkommen gegen die Arbeiterforderungen gekennzeichnet war.

Und was überall die Wirkung des kapitalistischen Zusammenstoßes auf die Arbeiterpolitik des Kapitals und rückwirkend auf die Verteilung der Arbeiter und ihre wirtschaftliche Lage war, das wird sich auch hier sehr bald zeigen. Denn jetzt unterliegen die Arbeiter und Angestellten sämtlicher die Interessengemeinschaft eingegangener Betriebe einer einheitlichen Kontrolle, einheitlichen Lohnbedingungen; und ohne daß jetzt die Öffentlichkeit etwas davon erfährt, ohne daß es nötig wäre, an außerhalb stehende Betriebe schwarze Listen u. dergl. zu versenden, kann die Kontrolle über Brauchbarkeit, Willfährigkeit, Organisationszugehörigkeit von Arbeitern und Angestellten ausgeübt werden. Was ist man denn den Austausch von Produktionsforschungen, der weder die Öffentlichkeit noch den Staat etwas angeht?

Wenn es auch nicht gesagt wurde, so ist es doch so: das Defensivbündnis der chemischen Industrie ist nicht bloß gegen die Gefahren der ausländischen Konkurrenz geschlossen worden, sein Zweck ist in erster Linie auch, die einheitliche Abwehrstellung gegen die nach dem Kriege infolge der Zerstörung, infolge auch der verminderten Zahl der geschulten Arbeitskräfte und der lohnbedrückenden Züchtung von Fremdarbeit zu erwartenden Vorforderungen zu ermöglichen. Nicht bloß eine gleich günstig arbeitende auswärtige Konkurrenz bedeutet eine Gefahr für die Profiteure des chemischen Kapitals, auch durch Erhöhung des Lohnes von Arbeitern und Angestellten kann der erwirtschaftete Mehrwert herabgedrückt, die Dividende gesenkt werden.

Und das scheint uns eines der Hauptmotive des Defensivbündnisses zu sein! Denn auf der einen Seite steht doch fest, daß es gerade die Produkte der chemischen Industrie sein werden, die nach dem Kriege vom Auslande in großem Maßstabe angefordert werden, und andererseits erinnern wir uns doch sehr gut, wie man gerade in der kapitalistischen Presse immer und immer wieder darauf hingewiesen hat, daß von den Anstrengungen des Auslandes, jetzt im Anschluß an den Krieg und die Abschneidung der Zufuhr der chemischen Produkte aus Deutschland, die Fabrikation der chemischen Artikel, in denen Deutschland die ausgeprägte Vormachtstellung besitzt, nicht viel zu fürchten sei: man könne eine derartige Fabrikation, die dazu nötige wissenschaftliche Organisation und die Masse geschulter Wissenschaftler und Arbeiter nicht aus dem Boden stampfen; und gerade in dieser Tradition bestet Deutschlands primärer Vorteil.

Es ist bezeichnend, daß selbst die „Frankf. Ztg.“ (1. Morgenblatt vom 3. Juni) in einem Artikel „Das Privatmonopol in der chemischen Industrie“ einen Warnungsruf ausstößt und es beklagt, daß das Reich der neuen Monopolbildung so teilnahmslos gegenübersteht, wie allen früheren sonst. Aber wenn sie auch zwar beklagt, daß die Möglichkeit freier Betätigung auf diesem Gebiet menschlicher Tätigkeit entgültig dahin sei, daß das Unternehmertum nun die Wissenschaft vollständig zu seiner Dienerin macht und daß es vor allem die Chemiker selbst empfinden werden, und wenn sie weiter betont, daß die Direktoren der verschiedenen Werke viel mehr als auf die Förderung ihrer Angestellten darauf bedacht sein werden, sich untereinander nicht zu ärgern, so hört man nichts über die Einwirkung des Monopols auf die Lage der den Chemie-Verken unterworfenen Arbeitermassen. Dafür beunruhigt sie um so mehr die unumstößliche Herrschaft über die Arbeiter und Ver-

braucher der monopolisierten Erzeugnisse, wobei sich zu der leisen Hoffnung durchdringt, daß die Leiter des Monopols sich genug leisten werden, den Bogen nicht zu überspannen, da die Werke ja schon bisher eine außerordentlich hohe Rente bezogen, enorme Dividenden verteilt und gewaltige Reserven aufgeschichtet hätten. Uns lag daran, die Arbeiterschaft auf die Gefahren hinzuweisen, die ihrer Lebenshaltung und ihrem Emanzipationskampfe von dem Zusammenstoß drohen.

Die „führenden Theoretiker“, die der Arbeiterklasse den Sieg Deutschlands als den Sieg der überlegenen und vorgeschrittenen Wirtschaftsorganisation preisen, werden auch hier wieder schreiben und reden über einen gewaltigen wirtschaftlichen Fortschritt zu unserem Wirtschaftsorganisationsziel. Demgegenüber steht aber selbst die „Frankf. Ztg.“ trotz aller Vertragsbestimmungen der Ermächtigung skeptisch gegenüber, daß der mit jeder Monopolbildung verbundenen Gefahr der Verdrängung des technischen Fortschritts dorgebeugt sei. Daß übrigens die chemische Industrie schon längst reif wäre zur Vergeßlichkeit der in ihr industrierten, für den Privatprofit schaffenden Produktionsmittel, müßten wir auch vor dem Abschluß der Interessengemeinschaft. Daß aber die Privatmonopole genau wie die vom heutigen Staate geleiteten oder kontrollierten Monopole die ausbeutende Wirkung des Privatkapitalismus verschärfen, das werden wir auch an dem „Organisationsfortschritt“ in der chemischen Industrie erleben.

Bad Homburg, 7. Juni. (In der Sitzung der Stadterordnetenversammlung) wurde beschlossen, eine besondere Lebensmittel-Abteilung im Rathaus zwecks besserer Versorgung der Einwohnerschaft mit Lebensmitteln zu errichten. Die Frage der Einführung der Fleischkarten wurde auf 4 Wochen vertagt. In dem Stadtbezirk Nordost wird eine besondere Kriegs-Wirtschafts-Abteilung, für deren Einrichtung 3600 Mark Kredit bewilligt werden. Die Anträge auf Nachkredit zum Rechnungsabluß 1915 im Gesamtbetrag von 230 500 Mark wurden bewilligt.

Hannau, 8. Juni. (Aus der Preisprüfungsstelle.) In der gestrigen Sitzung der Preisprüfungsstelle wurde der Antrag der Wärtner, den Preis für Rohpflast auf 6 bis 8 Pfennig zu erhöhen, abgelehnt; es bleibt bei 4 bis 7 Pfennig. Auch ihr Antrag, den Spinnatpreis auf 20 Pfennig festzusetzen, fand keine Gegenliebe; der Preis beträgt jetzt für das Pfund 15 bis 17 Pfennig. Der Preis für Lattich wurde auf 8 bis 10 Pfennig ermäßigt, für Radisheschen auf 3 Pfennig das Bündel. Die Wärtner klagen, daß sie den Lattich nicht loswerden und deshalb an die Süßner verfüttern müssen. Zur Kenntnis genommen wurde die Mitteilung des Regierungspräsidenten, daß die Großhandelspreise für Zucker nicht von den Kommunen, sondern von der Reichszuckerstelle in Berlin festgelegt würden. Für Bile wurden 45 bis 60 Pfennig pro Pfund als angemessener Marktpreis bezeichnet, für Äpfeln 40 bis 50 Pfennig und für Erdbeeren 70 bis 100 Pfennig. Weiter wurde mitgeteilt, daß ein Hannover Lagerhändler Butter und Eier zu jedem Preis in Oerbeffen aufkaufe. So seien für Eier 30 Pfennig und für Butter 3 Mark bezahlt worden; die Sache soll untersucht werden. Ferner war eine Beschwerde eingegangen, daß Händler im Landkreis Hannau die Süßnerpreise in die Höhe trieben und für ein Suhn 6 bis 10 Mark bezahlten. Auch die Preise für Ruchstollhofen seien auf 12 bis 16 Mark in die Höhe geschraubt. Riegen kosten jetzt 140 bis 150 Mark, früher 25 bis 30 Mark. Käse werden von Hannover Händlern zu 3.50 Mark das Pfund verkauft, das ist für eine Gans von 7 Pfund 24.50 Mark. Hier sollen weitere Feststellungen gemacht werden. Weiter wurde beschlossen, daß die Rindmehrer für die Folge das Geraube mit Blut an die Schlachthofverwaltung gegen eine Entschädigung von 25 Mark abliefern sollen, die Schweinemehrer erhalten es dann zur Wurstbereitung geliefert.

Darmstadt, 7. Juni. (Der sogenannte Kriegsaus-) schuß der zweiten Kammer hielt heute wieder eine Sitzung ab, über deren größter Teil das Dunkel des Schweigegebots gehüllt wurde und an der auch die Regierung teilnahm. Man darf nun nicht annehmen, daß es sich um große Staatsgeheimnisse gehandelt hat, sondern wird der Öffentlichkeit wohl kommen mit der Vermutung, daß es sich dabei um die jüngst von nationalliberalen Plätiern aufgeworfene Frage einiger Ersatzwahlen dreht. Vielleicht ist im Zusammenhang damit auch die Frage der im nächsten Jahre ordnungsmäßig fälligen allgemeinen Wahlen erörtert worden. Jedenfalls ist bereits in der vorigen Woche in Abgeordnetenkreisen darüber gesprochen worden, und zwar, wie wir betonen möchten, ganz offen, aber auch unverbindlich, mit dem Hinweis, daß sich die Sache in dieser Woche wohl klären dürfte. Warum da jetzt einmal ein großes Staatsgeheimnis daraus gemacht wird, ist uns bislang nicht erklärlich, erscheint aber so verdächtig, daß unsere Partei auf der Hut sein muß, damit sie nicht mit dem belächelten „Burgfrieden“ gemeiert wird. Auf eine dringliche Anfrage von sozialdemokratischer Seite, ob die Regierung nicht für Einseitigkeit der Fleischmarken und deren Freizügigkeit in Hessen eintreten wolle, erteilte die Regierung eine verneinende Antwort. Darauf wurden die Verhandlungen auf Donnerstag nächster Woche vertagt.

Korb i. Rhg., 7. Juni. (Steuererhöhung.) An Steuern kommen in diesem Jahre hier zur Erhebung: 170 Prozent der Einkommensteuer, 220 Prozent der Realsteuer und 100 Prozent der Betriebssteuer. Die Einkommen- und Realsteuer ist um je 10 Prozent gegen das Vorjahr erhöht worden.

Wiesbaden, 7. Juni. (Lebensmilde.) Am Samstag Abend sprach ein unbekannter Mann in den alten Winterhofen und erzählte. Die Leiche wurde bald darauf gelandet. Es handelt sich, wie nunmehr festgestellt werden konnte, um einen alleinstehenden älteren Privatmann aus Ober-Ingelheim, der infolge einer langwierigen Krankheit Selbstmord verübte. — (Tödtlich verunglückt.) In der Eisenbahnwerkstätte stürzte am Montag der 34-jährige Schlosser Anton Stapp aus Dersheim mehrere Meter hoch herab und zog sich eine schwere Schädelverletzung zu. Die Sanitätskommission brachte den Schwerverletzten ins städtische Krankenhaus, wo er nunmehr gestorben ist.

Kreuznach, 6. Juni. (Eierhamster.) Ein Einwohner aus Wingen hatte sein Dienstmädchen und zwei weitere Leute beauftragt, in Ridesheim Eier aufzukaufen. Diese hatten und bezahlten für jedes Ei 30 Pfennig und brachten nicht weniger als 300 Eier mit. An der Bahn wurden sie von der Polizei überfallen, die sämtliche Eier beschlagnahmte und sie an die ärmeren Leute zu einem entsprechenden Preise verkaufte.

Sportliche Veranstaltungen.

Freie Turnerschaft Wiesbaden. Sonntag den 11. Juni (1. Pfingstfeiertag) Turngang: Abfahrt ab Bahnhof Dohheim 7.30 Uhr nach Langenschwalbach. Von vier Marck über Langensiefen, Miesmühle, Wipperfurth, Wipperfurth, Kessel, Rindschied, Schloß Rind nach Langen-

Schmalbach von dort Rückfahrt. Abfahrtszeit 7 1/2 Stunden. Wiederholungs- und Probant mitbringen. Gänge willkommen. Am 2. Feiertag, normiert, halb 9 Uhr Spielen auf dem Turnplatz rechts der Bahnstraße. Vollständiges Frühstück erwünscht!

Freie Turnerschaft Frankfurt. Am ersten Feiertag Beteiligung an der Bezirksturnfahrt nach Brombach. Abfahrtszeit 5.33 Uhr vom Hauptbahnhof nach Oberursel. Probant mitbringen.

Aus Frankfurt a. M.

Jahresversammlung der Frankfurter Parteio- rganisation.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M. am Mittwoch war außerordentlich stark besucht. Bei der Erläuterung des in gedrängter Kürze herausgegebenen gedruckten Geschäftsberichts wies Sekretär Genosse Wittich zunächst darauf hin, daß die Parteileitung im Einverständnis mit den Vertrauensmännern gegenseitig geteilt sei, insofern der Bericht in den letzten Hauptversammlungen wichtige Parteifragen in Vertrauensmännerversammlungen zu behandeln. Zur Mitgliederbewegung sagt der Bericht, daß die Situation dieselbe war wie im vorigen Jahre. Fortwährend erfolgten Einberufungen unserer Mitglieder; die Reihen wurden immer lichter. Am Schlusse des Geschäftsjahres, am 31. März 1916, hatten wir nur noch 3504 Mitglieder, und zwar 2344 männliche und 1160 weibliche. Die Zahl der männlichen Mitglieder ging von 4469 auf 2344 zurück, die Zahl der weiblichen Mitglieder ist ziemlich konstant geblieben, sie ging von 1281 auf 1160 zurück. Der Rückgang der Zahl der männlichen Mitglieder ist zum allergrößten Teil auf das Konto der Einberufungen zum Wehrdienst zu setzen. Die Zahl der im Felde stehenden Mitglieder hat sich von 3638 am 31. März 1915 auf 5065 am 31. März 1916 erhöht. Neu aufgenommen wurden im Berichtsjahre 904 Mitglieder. Die Möglichkeit, neue Mitglieder zu werben, ist im Berichtsjahre noch ungünstiger gewesen als im vorigen Jahre. Die organisationsfähigen Männer stehen in ihrer Mehrheit beim Militär und die Frauen sind bei diesen Frauenzeiten schwerer für die Organisation zu gewinnen. Trotzdem haben wir durch unsere Veranstaltungen für die Frauen einige Erfolge in bezug auf die Mitgliederwerbung erzielt. Wenn wir uns in der Kriegszeit ganz besonders der Frauenbewegung widmen, so tun wir dies in der Erkenntnis und gegenüber der Tatsache, daß das Wirtschaftsleben der Gegenwart zu einem bedeutend größeren Teil auf der weiblichen Arbeitskraft beruht als in Friedenszeiten.

Die Parteifinanzien hat der Krieg ebenfalls ungünstig beeinflusst. Das gesamte Vermögen des Sozialdemokratischen Vereins betrug am 1. April 1915 inklusive eines Kassenbestandes von 386,58 Mark 33.008,48 Mark. Die Einnahmen haben sich im Berichtsjahre wieder wesentlich verringert. Der Verlust der vielen zum Wehrdienst einberufenen Mitglieder und der dadurch bedingte Ausfall der Beiträge macht sich von Quartal zu Quartal immer fühlbarer bemerkbar. Recht drastisch tritt dies in Erscheinung, wenn wir die Einnahmen der einzelnen Quartale mit denen des vorigen Jahres vergleichen. So nahmen wir im 2. Quartal 1914 18.592,16 Mark und im selben Quartal 1915 nur 6421,59 Mark ein. Das ist ein Verlust von 12.170,57 Mark in einem Quartal. Im 3. Quartal 1915 hatten wir gegenüber demselben Quartal im Vorjahre einen Verlust von 7789,37 Mark. Während wir im Geschäftsjahre 1914/15 eine Gesamteinnahme von 43.002,88 Mark hatten, nahmen wir im Geschäftsjahre 1915/16 (Berichtsjahr) nur 19.267,74 Mark ein. Die weniger Einnahme betrug 23.735,14 Mark. Die gesamten Ausgaben betrugen 25.804,90 Mark gegen 38.444,27 Mark im vorigen Jahre. Wir mußten, um im Berichtsjahre unseren Etat zu balancieren, 6600 Mark von unserem Vermögen zu ziehen. Die Ausgaben wurden, soweit sich dies nur ermöglichen ließ, auf das mindeste beschränkt. Wir durften dabei aber die Unmöglichkeit des Vereins nicht lähmen und wenn wir berücksichtigen, daß wir viele wichtige und dauernd, regelmäßige Ausgaben haben, die nicht verringert werden können, so werden unsere Mitglieder ermessen, unter welchen Schwierigkeiten gearbeitet und gewirtschaftet werden mußte.

Aus dem Parteileben hebt der Bericht hervor, daß 2 öffentliche Versammlungen, 2 für Frauen, 8 Mitgliederberaternungen in der Zentrale, 48 in den Distrikten, 1 für die Parteiführer, 20 Lichtbilderbeiträge und 11 Kurse für Parteifunktionäre stattgefunden haben.

Die Pressefrage ist im Sinne des Beschlusses der Generalversammlung vom 2. Januar 1915 erledigt worden. Die Frankfurter Parteileitung gab sich alle Mühe, eine Verständigung mit den auswärtigen Kreisen herbeizuführen, was leider scheiterte. Auch heute noch sind die Frankfurter Genossen zur Verständigung bereit.

Die Weihnachtsfeier nahm in diesem Geschäftsjahre, durch die große Anzahl an Einberufungen aller Mitglieder, einen großen Umfang an. Die Beschaffung passender Geschenke, die Bewirtung und die Lokalfrage machten in diesem Jahre größere Schwierigkeiten als im vorigen. Rund 5440 Kinder konnten mit Geschenken bedacht werden. Außerdem wurden 4000 selbstgebackenen Parteimitgliedern eine kleine Weihnachtsfreude durch Liebesgabenpaketen bereitet. Redner schloß mit einer kritischen Erörterung der Lebensmittelpersonalversorgung und dem Wunsch nach recht baldigem Frieden, damit nach dem Kriege gemeinsam mit den heimkehrenden Genossen der Kampf für die Volksinteressen weitergeführt und die Parteieinheit wieder hergestellt werden kann. (Zustimmung.)

Das Andenken der im Berichtsjahre gestorbenen und gefallenen 90 Genossen wird in der üblichen Weise geehrt.

An der mehrstündigen Aussprache beteiligten sich die Genossen Müllrich, Brenneke, Hammer, Viettl und Lang. Hammer begründet eine Resolution, die sich gegen die Bewilligung der Kriegskredite richtet, die Politik der linksradikalen Gruppe empfiehlt und eine Sympathieerklärung für den Genossen Dr. Liebknecht enthält. Um 11 Uhr wird mit großer Mehrheit Beendigung der Debatte beschlossen. Die Opposition widerspricht in heftigen Zwischenrufen: Sie bezweifelt die Richtigkeit und verlangt Ausgabung. Diese ergibt, daß sich 238 Genossen für Schluß der Erörterung erklärten und 108 dagegen waren. Ein Teil der Besucher verläßt hierauf unter Protestrufen den Saal.

Nach dem kurzen Schlußwort des Genossen Wittich stimmte die Versammlung einstimmig folgender Entschließung zu.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Frankfurt a. M. erklärt ihr Einverständnis mit den Beschlüssen des Vorstandes und der Vertrauensleute in der letzten Geschäftsperiode. Sie erkennt besonders an, daß die

Massnahmen zur Pressefrage im Sinne des Beschlusses der Generalversammlung vom 22. Januar 1915 erfolgt sind.

Damit ist wohl auch dieser Punkt erledigt.

Vorsitzender Genosse Maier erklärt, daß die Kammerische Resolution zum Bericht der Reichstagsfraktion gehöre, der in der nächsten Zeit gegeben würde. Er lehne es ab, jetzt darüber abstimmen zu lassen. Sie wird darauf vom Einbringer zurückgezogen.

Die Wahl des Vorstandes geht glatt von statten. Durch die einstimmige Annahme einer Resolution bringt die Versammlung zum Ausdruck, daß der Vorstand in seiner seitberigen Zusammensetzung wiedergewählt und beauftragt wird, die Parteigeschäfte bis zur Beendigung des Krieges weiterzuführen, falls dieser bei Ablauf der neuen Geschäftsperiode noch nicht beendet sein sollte.

Der Vorstand setzt sich aus folgenden Genossen zusammen: 1. Vorsitzender: Stadth. Maier; 2. Vorsitzender: Georg Ulrich; 1. Schriftführer: Wilhelm Schneider; 2. Schriftführer: Karl Kirchner; Beisitzer: Wittich und Frau Ritter.

Ueber die am 25. Juni einberufene Konferenz des Frankfurter Agitationsbezirks spricht kurz Genosse Wittich. Er begründet die folgende Resolution und betont, daß auch der Parteivorstand die Konferenz für statutenwidrig erklärt habe und sie nicht beschiden werde.

Vorstand und Vertrauensleute ersuchen um die Annahme folgender Entschließung:

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M. erhebt Einspruch gegen die Abhaltung einer Bezirkskonferenz; sie lehnt die Einsetzung von Delegierten ab, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die notwendigen Voraussetzungen für die Konferenz sind nicht erfüllt. Wieder entspricht die Konferenz dem Organisationsstatut für den Bezirk, das für Konferenzen die Zeit nach dem deutschen Parteitag vorschreibt, noch ist, weil in vielen Orten und ganzen Wahlkreisen die Mehrzahl der Mitglieder im Felde steht und ordnungsgemäße Delegiertenwahlen nicht vorgenommen werden können, eine einmündige Zusammensetzung der Konferenz möglich.

2. Die Mehrzahl der Wahlkreise ist außer Stande, ihre Beitragspflicht gegen Bezirk und Gesamtpartei zu erfüllen. Es wäre unverantwortlich, in solcher Lage die geringen Geldmittel in Anspruch zu nehmen für eine von vornherein zweckwidrige Konferenz, die die Parteinteressen nicht fördert und nur zur Verschärfung des Streites führen kann.

Wird die Konferenz dennoch abgehalten, so kann die Gesamtsammlung Beschlüsse, die etwa gefaßt werden, nicht als zu Recht bestehend anerkennen.

Der Resolution wurde ohne Debatte einstimmig zugestimmt. Der Bericht der Stadtbezirksfraktion soll in einer späteren Versammlung erstattet werden.

Deutscher Reichstag.

(Schluß aus dem Hauptblatt.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Der Korrespondent hat ein Bild in der Schwärzlichen Farben gemalt, ohne Licht zu vertreiben. Niemand wird bezweifeln, daß angesichts des völlig neuen Problems Fehler gemacht worden sind. An den Erfolgen trifft die Regierung kein Bedauern. Die Entbehrungen beruhen keineswegs ausschließlich auf dem Mangel an Organisation. Die Wahlhabenden leben nicht so wie bisher, wenn sie nur ein bißchen über im Reibe haben. (Zurufe, Lachen.) Sie werden durch die Brot-, Futter- und Kleiderfrage genau so betroffen, wie alle anderen. Genaue treffen die Vorwürfe gegen das alte Land zu. Auf den ländlichen Produzenten muß eine gewisse Rücksicht genommen werden, sonst stellt er die Produktion ein, und den Schaden haben die Städte; sie verhungern. Früher durfte man wegen des Auslandes nicht so frei sprechen: an Brotgetreide brauchen wir 15 Millionen Tonnen, die Erde brachte aber nur 12 Millionen Tonnen; an Futtermitteln fehlten uns zwei Drittel des Gesamtbedarfs, an Getreide fehlen 3 Millionen Tonnen; Reis und Ölsäme Futtermittel fehlten fast völlig. Wer will da behaupten, daß Entbehrungen überhaupt zu vermeiden waren? Das hat mit der Wirtschaftsordnung nichts zu tun. Dazu kommt die Absperrung durch England. Dieses Ertragen der Entbehrungen wird eine der größten Taten der Volksgeschichte sein. Sagen Sie das draußen dem Volke, dann wird Ruhe im Lande bleiben. Was abwendbar ist, wird abgewendet werden. (Zurufe: Beifallen Sie den Lebensmittelsuchenden!) Ich bitte Sie, Objektivität zu wahren auch bei der Beurteilung der Verdienste einzelner Betriebe.

Hr. Giff (fortgesetzt, Vpl.): Wie machen sich die Bekleidungsproben auf die Volksernährung aus, wie sie nicht ärger sein kann. Das Volk versteht nicht die milben Anteile gegen die Lebensmittelwirtschaft. Man hüte sich aber vor Schlagworten, die schaden mehr als sie nützen. Unsere Situation ist außerordentlich ernst. Die Kraft des ganzen Volkes muß zusammengehalten werden. Persönliche Vorwürfe dürfen nicht erhoben werden. Wir begrüßen das Kriegsernährungsamt. Der völlig unzureichende Abschlag von Bild verbitte das Volk. Einmal wird ihm das Fleisch vorantreiben, andererseits entsteht großer Mißstand an Getreide. Es muß rücksichtslos abgeköpft werden. Privatwirtschaftliche Bedenken dürfen da nicht mitwirken. Wo unsere Söhne im Felde stehen, wo dem Bauern die Kuh im Stall beschlagraht wird, dürfen wir solche Rücksicht nicht nehmen. Hier hat das Ernährungsamt einzugreifen. (Lebhaftes Beifallen.) Die Verwaltung muß rationeller gehandelt werden. Auf dem Gemüsemarkt tritt wieder eine unglaubliche Preissteigerung ein. Die Getreidelieferung Ostlands und Auflands wird größer werden als im Vorjahre. Wir werden unter allen Umständen durchhalten. (Beifallen.)

Oberpräsident v. Seldt entschuldigt sein zeitweiliges Fehlen mit wichtiger Arbeit, auch morgen müsse er fehlen wegen einer Reise nach München, um dort Ausführungsbestimmungen zu mildern und zur Versorgung der Arbeiter im Saarrevier die Ernährung durch schnelle Maßnahmen sicher zu stellen. Ich muß mit dem Bergarbeiterverband in den industriellen, landwirtschaftlichen und Konsumvereinigungen und den städtischen Verwaltungen verhandeln, um mir ein Bild von den Zuständen machen zu können. Dieses Bild muß ich unbedingt in den nächsten Wochen gewinnen. (Lebhaftes Beifallen.) Ein Programm kann ich Ihnen hier nicht entwickeln. Kritik an der Vergangenheit wäre überflüssig und überdies geschmacklos. Ich kann deshalb nur mitteilen, was ich in diesen 14 Tagen gemacht habe. Als ich mein Amt antrat, fand ich in meinem Arbeitszimmer nur einen Schreibtisch und ein paar Stühle vor. (Beifallen.) Ich ließ mir augenblicklich zwei Schreibstühle kommen. (Erneute Beifallen.) Das Personal wurde zusammengestellt und durch das Entgegenkommen der Behörden wurden mir wertvolle Mitarbeiter zur Seite gestellt. Die Zusammensetzung des Vorstandes gibt die Möglichkeit, ohne einer allzu großen Zahl mit den Wünschen der Bevölkerung, der Kreise und Bezirke direkt in dauernder Fühlung zu bleiben. Es wurde bisher an praktischen Arbeiten geleistet:

In der Futtermittelverteilung werden große Mengen dem Vieh vorzuziehen werden und zur menschlichen Nahrung Verwendung finden. (Beifallen.) Dann erfolgt eine schärfere Beschlagnahme von Mäckererzeugnissen, damit durch größere Mengen Futter der Futtermittel, der schwersten Not, begegnet wird. Dann ist vorgesehen, daß die Rufe vor der Schlachtung auf die Mäckererzeugung untersucht werden. (Beifallen.) Ferner erfolgt ein Kartoffelverfü-

hrungsvorbehalt, da die Kartoffeln groß ist. Nur für die menschliche Ernährung ungeeignete Kartoffeln dürfen veräußert werden. (Beifallen.) Alle diese Entschlüsse sind schnell zu fassen. Es kommt viel mehr auf Schnelligkeit an als auf Richtigkeit. (Beifallen.) Ich komme hinzu die Bekleidungsfrage in den Haushaltungen, die Einschränkung des unläuteren Handels. Die Handelsbeschränkungen sind abhängig gemacht davon, daß der Bekleidende schon diesen Handel betreiben hat. (Lebhaftes Beifallen.) Mit den Vorschriften ist da nichts zu machen. Die kleinen Diebe hängt die großen läßt man laufen. (Sehr gut!) Auch das steht auf Schwierigkeiten. Dann kommt die Rücksicht, daß die Versorgung sich nicht zu schnell folgen. Ich kann deshalb auch nicht versprechen, daß ich in den nächsten Tagen und Wochen alle Ihre Wünsche erfüllen kann. Ich muß darauf sehen, daß alles möglichst schnell und nicht Angaben geändert werden müssen. Genaue Lage sich nicht vermeiden. Ich habe auch schon die Anordnung getroffen, daß das bestehende Recht festgelegt werde. Es ist nicht mehr möglich, sich einigermaßen in den Anordnungen durchzusetzen. (Beifallen.) Ich habe gesehen, daß Sie darin alle sehr genau verfolgen. (Große Beifallen.) Das ist der Weg für mein Weitergehen. Ich bitte Sie um das Vertrauen, daß ich alles daran setze, um die reibungslos auszuführen und die Hoffnungen zu rechtfertigen. Wenn wir auch durch

die schwere Misere des vorigen Jahres

durchgekommen sind, so werden wir dieses Jahr glatt und durchkommen. Es gilt, die nächsten acht Wochen zu überbrücken und da bitte ich um Ihre Unterstützung. Anordnen läßt sich nichts ausführen. Die Beamten sind vielfach im Felde. Ohne den in Hand gehen mit der Bevölkerung läßt sich nichts machen. Sagen Sie auf dieses Vertrauen hin, Sie werden unsere Arbeit besten dadurch unterstützen. Seien Sie nicht ergrimm, wenn schlechter gehen sollte, als Sie erwarteten. (Lebhafter Beifallen.) Weiterberatung Donnerstag 10 Uhr. — Schluß nach 167

Aus der Partei.

Lenk bei den Kolonialpolitikern.

Wolffs Bureau gibt von der am Mittwoch in Berlin gehaltenen Versammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft den folgenden Bericht weiter: Vom Zentrum sprach der Abgeordnete Schwarze, für die Nationalliberalen Stettin, für die Freiwirtschaftliche Volkspartei Raumann, für die Konservativen Graf Westarp, für die Sozialdemokraten Lenk. Der letztere führte aus, durch den Krieg habe die deutsche Kolonialpolitik für die Sozialdemokratie eine andere Beurteilung erfahren. Die deutsche Kolonialpolitik habe in diesem Kriege ihre Feuerprobe bestanden. Deutschland bedürfe der Sicherstellung seiner wirtschaftlichen Zukunft. Dies sei aber nicht zu erreichen ohne die Erschütterung der „Despoten des Weltmarktes“, wie einst Karl Marx die englische Bourgeoisie genannt habe. Alle Ausführungen Lenks wendeten sich gegen die deutsche Kolonialpolitik. Die Kolonialpolitik werde und es muß es daher auch bleiben. Schlußwort wies der Vorsitzende, Herzog Johann Albrecht darauf hin, daß die Deutsche Kolonialgesellschaft niemals geteilt werden könne und daß sie überzeugt sei, aus der Einheit der deutschen Nation werde auch das überseeische Deutschland zu siegreicher Macht und Blüte emporsteigen.

Au was allem wird Lenk noch seinen Marx vorzuziehen. Die Lenk fertigt die Umstellung, die „Neuorientierung“ der sozialdemokratischen Politik betreibt, das steigt die Bäume. Daß die Sozialdemokratie irgendwie zur neuen und dabei auch zur Kolonialpolitik Stellung nehmen muß, selbstverständlich; wie die Stellungnahme ausfallen wird, nach jetzt gar nicht möglicher sachlicher Verständigung ersehen muß, das sollte ein Genosse abwarten können, ehe er Werber der Kolonialpolitik auftritt. Im Augenblick hat sein Auftreten nichts anderes bewirkt, als Wasser leiten die Röhre der Englandhasser Wasser und Genossen. Ist politisch das törichteste, was aufgehen kann. Die Reichstagsfraktion sollte das ihrem Mitgliede Lenk begreifbar machen.

Feldpost.

Hr. Richard Mei. 1 Mark dankend erhalten.
Joseph Ham. 2 Mark haben wir zur Bezahlung Ihres Beitrags abgenommen.
Wehrmann Wagner. 2,55 Mark erhalten. Tertium hat sich zwischen aufgelöst.
J. Grünemann. 1 Mark dankend erhalten.

Wegen ungenügender und falscher Adresse kamen zurück: Wehrmann Huser, Landsturmmann Otto Reis (entlassen), Landsturmmann Anton Reizle, Wehrmann Gerlach (mehr im Lazarett). Falls Angehörige die genaue Adresse besitzen, bitten wir um deren Angabe.

Die Expedition der „Volksstimme“

Telegramme.

Branntweinverbot in Norwegen.

Aristonia, 8. Juni. (W. S. Nichtamtlich.) Jeglicher Verkauf und Ausschank von Branntwein ist in ganz Norwegen verboten worden. Gleichzeitig wurde die Einfuhr von Branntwein, Wein, Bier und anderen alkoholischen Getränken untersagt. Die Verbote treten sogleich in Kraft.

Nachruf.

Den Helden des Vaterlandes starb bei den Kämpfen an der Maas unser langjähriger Arbeiter

Philipp Broeder.

Wir verlieren in ihm eine tüchtige und zuverlässige Kraft. Ehre seinem Andenken!

Wiesbaden, 6. Juni 1916.

Städtisches Hochbauamt.

Hüte, Mützen, Schirme, Pelzwaren

Große Auswahl. Billige Preise.

Karl Sommer, Kürschner.

41 Wehlitzstrasse 41.

Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Fronten-Karten

Neueste Ausgaben.

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung Volksstimme